

Pressemitteilung der AG SPD 60plus

Pflegereformvorschlag der Bundesregierung: Sozialpolitischer Kahlschlag auf dem Rücken der Schwächsten

Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus zeigt sich zutiefst besorgt über den vorliegenden Referentenentwurf zur Pflegereform. Was von der Bundesregierung als Reform verkauft wird, entpuppt sich bei genauer Betrachtung als eine Reihe von Leistungskürzungen zulasten pflegebedürftiger Menschen, ihrer Angehörigen und der Beschäftigten in der Pflege.

„Dieser Entwurf ist keine Pflegereform, sondern ein sozialpolitischer Rückschritt mit Ansage. Wer Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und Pflegekräfte derart belastet, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, erklärt der Bundesvorsitzende der AG SPD 60plus, Lothar Binding.

Besonders alarmierend sind die vorgesehenen Einschränkungen bei Leistungen der Pflegeversicherung. Höhere Eigenanteile, verzögerte Zuschüsse für Heimbewohnerinnen und Heimbewohner sowie die geplante Halbierung von Leistungen in den ersten Monaten bei Pflegegrad 2 und 3 treffen Menschen, die ohnehin häufig an der Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit leben.

Die Streichung des Entlastungsbetrages für Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 ist aus Sicht der AG SPD 60plus ein schwerer Fehler. Gerade dieser Betrag hat vielen Betroffenen ermöglicht, länger selbstbestimmt in ihrer eigenen Wohnung zu leben. Statt Unterstützung gibt es nun Verschlechterungen und neue Hürden.

Scharfe Kritik übt die AG SPD 60plus auch an den geplanten Kürzungen für pflegende Angehörige.

„Pflegerische Angehörige sind der größte Pflegedienst Deutschlands. Sie übernehmen den überwiegenden Teil der Pflegeleistungen und sparen dem Staat Milliardenbeträge. Wer ihnen jetzt die Rentenansprüche kürzt und Entlastungsmöglichkeiten beschneidet, bestraft diejenigen, die unser Pflegesystem überhaupt noch am Laufen halten.“, so Binding.

Die geplante Einschränkung der Verhinderungspflege wird viele Familien zusätzlich unter Druck setzen. Die Möglichkeit, sich wenigstens zeitweise von der oft extrem belastenden Pflege zu erholen, darf nicht zu einem Privileg werden.

Besonders empörend ist aus Sicht der AG SPD 60plus die geplante Veränderung bei der Feststellung von Pflegebedürftigkeit. Die vorgesehenen neuen Schwellenwerte drohen dazu zu führen, dass insbesondere Menschen mit Demenzerkrankungen schlechter gestellt werden.

„Wir haben jahrelang dafür gekämpft, dass kognitive Einschränkungen und Demenzerkrankungen endlich angemessen berücksichtigt werden. Nun droht eine

Rückkehr zu einem Pflegeverständnis aus vergangenen Jahrzehnten. Das ist fachlich falsch und menschlich unverantwortlich.“

Ebenso kritisch bewertet die AG SPD 60plus die vorgesehene Aussetzung der tariflichen Entlohnungsregelungen für Pflegeeinrichtungen.

„Erst wurde den Pflegekräften Beifall gespendet. Jetzt sollen ausgerechnet ihre tariflichen Verbesserungen auf Eis gelegt werden. Das ist eine politische Ohrfeige für eine Berufsgruppe, die seit Jahren an ihrer Belastungsgrenze arbeitet.“

Anstatt den Pflegeberuf attraktiver zu machen, werde so der Fachkräftemangel weiter verschärft. Die Folge könnten weitere Schließungen von Pflegeeinrichtungen und eine zunehmende Kommerzialisierung der Pflege sein.

Die AG SPD 60plus begrüßt ausdrücklich die im Entwurf enthaltenen Ansätze zur Stärkung von Prävention und Rehabilitation. Allerdings bleiben diese weitgehend unverbindlich und ohne ausreichende finanzielle und strukturelle Unterlegung.

„Wer Prävention und Rehabilitation ernst meint, muss Kommunen stärken, Beratungsangebote ausbauen und eine wohnortnahe Infrastruktur schaffen. Gute Absichtserklärungen allein helfen niemandem.“, so der Bundesvorsitzende.

Die AG SPD 60plus fordert Bundestag und Bundesrat auf, den Referentenentwurf grundlegend zu überarbeiten. Die Empfehlungen der Siebten Altenberichtscommission müssen endlich konsequent umgesetzt werden. Pflege darf kein Armutsrisiko sein. Notwendig ist eine solidarische Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, die den Menschen Sicherheit gibt, statt ihnen Angst zu machen.

Unser Fazit:

Diese Reform verteilt die Lasten einseitig auf Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte. Sie spart bei den Schwächsten, während eine nachhaltige und gerechte Finanzierung der Pflege erneut vertagt wird. Eine sozialdemokratische Pflegepolitik muss anders aussehen.

Und wer soll eine vernünftige Reform à la AG SPD 60 plus bezahlen? Die Antwort liegt zwischen, der umweltfeindlichen Senkung der Luftverkehrssteuer, den wieder eingeführten der Subventionen für Agrardiesel, der Geldverschwendung für fossile Rohstoffe, der fehlenden Vermögensteuer und natürlich dem exorbitanten Steuerbetrug.